

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

der Ausbau des schnellen Internets in Bayern läuft bei Weitem nicht überall wie geplant. In vielen Gemeinden des ländlichen Raums stockt der Breitbandausbau. Dabei ist der Anschluss an schnelles Internet gerade für mittelständische Unternehmen enorm wichtig, um konkurrenzfähig zu bleiben. Doch die Kommunen werden vielerorts im Stich gelassen – besonders, wenn Dienstleister vorgegebene Fristen zur Fertigstellung der Anschlüsse nicht einhalten oder schlechten Service bieten. Dieser Missstand war Anlass für uns, in einer Aktuellen Stunde des Bayerischen Landtags **den langsamen Ausbau des schnellen Internets** zu thematisieren. Denn Minister Söder darf nicht nur öffentlichkeitswirksam Förderbescheide verteilen, er muss sich auch um die Umsetzung kümmern. Bereits im Vorfeld hatten wir in einer Anfrage wissen wollen, welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, um den Missstand der Vertrags-Nichterfüllung abzustellen und ob sie die Beteiligung der Firma amplus AG an den Ausschreibungen trotz großen Ärgers weiterhin für gerechtfertigt hält.



*Florian Streibl, MdL
Parlamentarischer
Geschäftsführer*

R ü c k b l i c k

Eine Plakataktion des Bundesumweltministeriums sorgt derzeit für Furore. Wir sehen in den **neuen Bauernregeln des Ministeriums** die nicht hinnehmbare Diffamierung eines ganzen Berufsstandes. Denn die dummen Sprüche á la „Zu viel Dünger, das ist Fakt, ist fürs Grundwasser beknackt“ oder "Steht das Schwein auf einem Bein, ist der Schweinestall zu klein" stoßen nicht nur in der Landwirtschaftsbranche auf breite Ablehnung. Finanziert durch Steuergelder werden mit dieser Kampagne alle Landwirte öffentlich diffamiert. Es ist unverständlich, wie ein Ministerium sich auf diese Weise gegen die derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen stellt. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir die Staatsregierung auf, sich umgehend für einen Stopp dieser unsäglichen Aktion einzusetzen. Ein Bundesministerium darf nicht länger mit pauschalierenden Aussagen Stimmung gegen die Landwirtschaft machen!

Wir wollen den **Markt für heimische Pflanzenöl- und Biodieseltreibstoffe** wiederbeleben. Die finanzielle Situation in der Land- und Forstwirtschaft ist vielerorts äußerst angespannt. Umso unverständlicher ist der aktuelle Vorstoß der Bundesregierung, mit dem die Steuerbefreiung für Bioreinkraftstoffe für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft gestrichen werden soll. Unserer Meinung nach wäre es vielmehr sinnvoll, den Einsatz von nachhaltigen Pflanzenöl- und Biodieseltreibstoffen wieder verstärkt zu fördern. Durch die drastischen Erhöhungen der Steuersätze für reine Biokraftstoffe im Energiesteuergesetz ist der Markt für diese Treibstoffe in den vergangenen Jahren zusammengebrochen. Zahlreiche kleine und mittelständische Ölmühlen fielen diesen Steuererhöhungen zum Opfer. Vernünftig wäre eine Politik, die sowohl den Nutzen für das Klima als auch die regionale Wertschöpfung durch den vermehrten Einsatz heimischer Biokraftstoffe anerkennt und berücksichtigt. Wir fordern deshalb von der Staatsregierung, sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden, um den Markt für heimische Pflanzenöl- und Biodieseltreibstoffe auch über den Einsatz in der Land- und Forstwirtschaft hinaus wiederzubeleben.

Viele Hühnerhalter leiden derzeit wirtschaftlich massiv an den Folgen der **Vogelgrippe**. Während Baden-Württemberg u.a. aufgrund der neuen Risikobewertung des Friedrich-Loeffler-Instituts beschlossen hat, die landesweite Stallpflicht zu lockern, herrscht in Bayern nach wie vor Stallpflicht. Dies hat zur Folge, dass weder Freiland Eier noch Freilandgeflügel vermarktet werden können. Pro Ei, das nicht als Freilandei, sondern als Ei aus Bodenhaltung verkauft wird, entsteht ein Verlust von drei bis fünf Cent. Aufsummiert können hierbei Schäden in Höhe von mehreren Tausend Euro entstehen. Dieser Verlust trägt zur weiteren angespannten wirtschaftlichen Lage der Landwirte bei. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir, unverzüglich eine neue Risikobewertung vorzunehmen. Dabei sollen die Maßnahmen unverzüglich analog zu den Regelungen in Baden-Württemberg umgesetzt und die Geflügelpest-Verordnung dementsprechend angepasst werden.

Kommt das **G9** wieder? Kultusminister Spaenle hat sich noch immer nicht zu einer Entscheidung durchringen können. Das Pilotprojekt „Mittelstufe Plus“ läuft Ende des Schuljahres 2016/17 aus. Doch die Gymnasien in Bayern brauchen auch für die kommenden Jahre Planungssicherheit. Deshalb setzen wir uns mit einem Dringlichkeitsantrag dafür ein, dass an den Schulen, die bereits am Pilotprojekt teilnehmen, das **Angebot einer vierjährigen Mittelstufe über das aktuelle Schuljahr hinaus fortgeführt** wird.

Diese Woche stellte sich **Alexander Hold**, Kandidat der FREIEN WÄHLER für das Amt des Bundespräsidenten, im Bayerischen Landtag interessierten Wahlleuten, Abgeordneten sowie Bürgerinnen und Bürgern vor. In den Mittelpunkt seiner Kandidatur stellte er das Ziel, der immer weiter um sich greifenden Politikverdrossenheit zu begegnen und die Bürger stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden. Die 16. Bundesversammlung tritt am kommenden Sonntag zusammen, um nach dem Verzicht Joachim Gaucks auf eine weitere Amtsperiode den nächsten Bundespräsidenten zu wählen. Die FREIEN WÄHLER stellen dort insgesamt elf Wahlleute: Zehn aus Bayern und einen weiteren aus der Gruppe „Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen/Freie Wähler“, die im Potsdamer Landtag vertreten ist.



Alexander Hold, unser Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287

E-Mail: info@florian-streibl.de

Homepage: www.florian-streibl.de